

Die EU im Dilemma

«Werte oder ein warmes Haus»

Herr Grätz, wie ist die neuerliche Gewalteskalation in der Ukraine einzuschätzen?

Wir erleben eine neue Stufe der Eskalation, auch weil so viele Tote zu beklagen sind. Präsident Wiktor Janukowitsch hat offenbar entschieden, die Protestbewegung endgültig niederschlagen zu wollen. Es wurde ein informeller Ausnahmezustand ausgerufen: In Kiew wurde am Dienstag der U-Bahn-Verkehr gestoppt, Zufahrtsstrassen werden kontrolliert. Zudem wurde am Mittwoch eine landesweite «Anti-Terror-Operation» gestartet. Das Blutvergiessen wird wohl zumindest kurzfristig weitergehen und könnte sich zu einem längeren Bürgerkrieg ausweiten, wenn Präsident Janukowitsch nicht angesichts der anhaltenden Massenproteste nachgibt. Allerdings gehen die Massenproteste weiter, und sie weiten sich im Westen des Landes gar noch aus. Janukowitsch könnte deshalb abermals zum Umdenken gezwungen werden.

Warum ist es nach einer ruhigen Phase gerade jetzt zu einem Sturm auf das Protestlager gekommen?

Präsident Janukowitsch geht es um Erhaltung der Macht. Dazu braucht es zwei Dinge – ein Ende der Proteste und Geld. Nachdem die Opposition am Montag Zugeständnisse gemacht hatte, witterten die «Falken» in seiner Administration wohl eine günstige Gelegenheit für Repressionen. Am Dienstag kam es dann zu Scharmützeln zwischen Demonstranten und der Polizei. Hinter einem solchen Vorgehen steht auch Russland, das Janukowitsch im Dezember letzten Jahres Gelder zugesagt, aber bisher weitgehend zurückgehalten hat. Am Montag wurde dann eine weitere Tranche versprochen. Diese soll aber bis zur Stabilisierung der Lage nicht ausbezahlt werden. Zudem sprachen sich in den letzten Tagen verschiedene russische Politiker für die Niederschlagung der Proteste aus. Sergei Glasew, einer der engsten Berater Putins, hat gefordert, den Aufstand «endlich niederzuschlagen» und später zu einem föderalen System überzugehen, in dem die Ostukraine mit Russland eine Wirtschaftsunion eingeht und der Westen des Landes mit der Europäischen Union verhandeln kann.

Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten haben Sanktionen angedroht. Werden diese, wenn sie beschlossen werden sollten, Präsident Janukowitsch umstimmen?

Bisher war man im Westen betreffend

Sanktionen zurückhaltend, weil man gehofft hat, mit Janukowitsch verhandeln zu können. Nun dürften Sanktionen zwar verhängt werden, Wirkung werden diese allerdings kaum erzielen. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten werden nach dem, was geschehen ist, kaum mehr mit ihm zusammenarbeiten wollen. Nur Russland hat Janukowitsch noch nicht fallengelassen.

Gibt es denn einen Ausweg aus der festgefahrebenen Situation?

Die einzige Möglichkeit für den Westen besteht darin, Russland zum Umdenken zu bewegen. Hier haben die Europäische Union und die Vereinigten Staaten aber eine ziemlich begrenzte Verhandlungsbasis. Letztlich muss die EU sich wohl die Frage stellen, was ihr wichtiger ist, ihre Werte oder aber ein warmes Haus. In der Vergangenheit war das warme Haus immer wichtiger. Die Abhängigkeit von russischen Energieimporten macht sich jetzt wieder bemerkbar in einer geringen Bereitschaft, überhaupt über Massnahmen gegenüber Russland nachzudenken. Bis jetzt sehe ich allerdings keine politische Bereitschaft, mit Russland eine andere Sprache zu sprechen. Wenn man sich jetzt mit Russland an den Tisch setzt, ohne deutlicher aufzutreten, ist die Verhandlungsposition der Europäischen Union denkbar schlecht.

Interview: Béla Filep

Jonas Grätz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Center for Security Studies der ETH Zürich.